

Wirtschaftsplan

der Gemeindewerke Eitorf

- Entsorgungsbetrieb -

für das Wirtschaftsjahr 2007

- I. Der Wirtschaftsplan wird
im Erfolgsplan
mit Aufwendungen von 4.324.950 €
mit Erträgen von 4.794.200 €
- im Vermögensplan**
mit einem Finanzbedarf von 3.538.600 €
mit einer Finanzdeckung von 3.538.600 €
festgesetzt.
- II. Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2007 zur Deckung des Finanzbedarfs erforderlich ist, wird auf 2.565.850 € festgesetzt.
Zudem sind Umschuldungen mit einem Gesamtbetrag von 452.609,75 € vorgesehen.
- III. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 3.085.000 € festgesetzt.
- IV. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Geschäftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

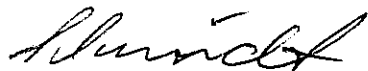
Aufgestellt:

Eitorf, 20. Oktober 2006

Die Betriebsleitung



Breuer



Schmidt

Wirtschaftsplan der Gemeindewerke - Entsorgungsbetrieb -**A. Erfolgsplan**

	Soll-Ansatz 2007 €		Soll-Ansatz 2006 €		vorläufiges Ergebnis 2005 €	
1. Umsatzerlöse	4.662.700		4.616.450		4.637.044	
2. andere aktivierte Eigenleistungen	45.000		55.000		39.257	
3. sonstige betriebliche Erträge	7.100	4.714.800	11.350	4.682.800	16.969	4.693.270
4. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	183.600		181.600		156.332	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen (siehe Pos. 7)	-	183.600	-	181.600	-	156.332
5. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	468.450		455.500		471.489	
b) soziale Abgaben und Aufwen- dungen für Altersversorgung und Unterstützung	154.300	622.750	143.650	599.150	125.814	597.303
6. Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des An- lagevermögens und Sachanlagen	1.392.250		1.542.050		1.337.705	
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.376.100	3.574.700	1.519.450	3.842.250	1.506.758	3.598.098
8. sonstige Zinsen und Erträge		79.400		62.100		52.176
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		749.700		764.650		787.250
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		469.800		138.000		360.098
11. außerordentliche Erträge	-		-		0	
12. außerordentliche Aufwendungen	-		-		0	
13. außerordentliches Ergebnis		-		-		0
14. sonstige Steuern		-550		-350		-354
15. Jahresgewinn		469.250		137.650		359.744

Erläuterungen zum Erfolgsplan des Entsorgungsbetriebes

Der Erfolgsplan des Entsorgungsbetriebes enthält nach § 15 Absatz 1 EigVO alle für 2007 vorhersehbaren Erträge und Aufwendungen.

Den Erträgen mit einem Volumen von 4.794.200 € stehen dabei Aufwendungen von insgesamt 4.324.950 € gegenüber.

Entgegen den Planzahlen des Vorjahres wird damit eine deutliche Steigerung des Jahresgewinns von 137.650 € auf 469.250 € in 2007 erwartet.

Wenn die Prognosen im nachfolgenden Umfang eintreffen, ist damit auch in 2007 trotz der erheblich ausgeweiteten Investitionstätigkeit die Abführung einer „Eigenkapitalverzinsung“ an den Gemeindehaushalt in vollem Umfang gesichert.

Erfreulicherweise ist dieses Ergebnis auch in 2007 ohne eine Erhöhung der Abwassergebühren erreichbar, wenngleich auch in diesem Jahr die Entwicklung des Materialaufwandes (insbesondere Stromkosten), die Aufwendungen für die Kläranlage (insbesondere Membranbelebung) und der Umfang erforderlicher Kanalsanierungen gewisse Risiken in sich bergen.

Zu den Einzelpositionen:

Umsatzerlöse (Pos. 1)

Gegenüber dem Sollansatz des Vorjahres wird eine leichte Erhöhung um rund 1 % prognostiziert.

Die Umsatzerlöse gliedern sich dabei in vier Teilbereiche, nämlich in

- Abwassergebühren mit	3.428.650 €	
- Sonstige Gebühren mit	72.400 €	
- Straßenentwässerungsanteil mit	370.000 €	und
- Entnahme aus der Rückstellung der Bauzuschüsse mit	791.650 €.	

Die Erhöhung wird dabei insbesondere von den Erlösen aus Abwassergebühren getragen, die die geringeren Erlöse aus der „Entnahme aus Rückstellungen“ mehr als kompensieren können.

Die höheren Abwassergebührenerlöse resultieren dabei aus der Prognose höherer Abwassermengen als im Vorjahr. Das gesamte Abwasseraufkommen 2007 wird mit 833.700 m³ (Vorjahresprognose: 821.900 m³) angesetzt. Als Vergleichszahlen wurden dabei die Ergebnisse der Jahre 2004 und 2005 herangezogen.

In der Prognose wird die leicht rückläufige bzw. stagnierende Tendenz bei den Haushaltskunden durch höhere Abwassermengen im Großabnehmerbereich aufgefangen.

Positiv wird sich dabei insbesondere ein leicht höheres Abwasseraufkommen und das damit einhergehende höhere Gebührenaufkommen (einkalkulierte Starkverschmutzerzuschläge) durch einen Eitorfer Milchersatzprodukte-Hersteller auswirken.

Dem Abwassergebührenaufkommen liegt auch in 2007 eine unveränderte (Vollkanal-)Gebühr von 4,40 €/m³ zu Grunde.

Im Block der Abwassergebühren ist für die noch nicht sanierten Abwassergruben mit einem vernachlässigbaren Anteil auch die Kleineinleiterabgabe enthalten.

Bei den „Sonstigen Gebühren“ wird gegenüber dem Vorjahr ein leichtes Plus von 1.500 € erwartet.

Die Position wird dabei getragen vom Zuschuss der Stadt Hennef zu den Betriebskosten der Kläranlage und der Kanalisation in Höhe von 68.300 € und beinhaltet daneben das Gebührenaufkommen aus der Einbringung von Fäkalien in die Kläranlage (4.100 €).

Der von der Gemeinde für die Mitbenutzung der Kanalisation zu zahlende Straßenentwässerungsanteil enthält wie im Vorjahr einen Pauschalansatz von 12.000 € für die von dort kostenmäßig zu übernehmende Sinkkastenreinigung.

Bei der Position „Entnahme aus der Rückstellung der Bauzuschüsse“ ergibt sich eine Reduzierung von rund 1,4 %.

Im Rahmen der Angleichung der Bilanzierungsmethoden an die des Versorgungsbetriebes werden der Bilanzposition „Ertragszuschüsse“ seit 2004 keine Beträge mehr zugeführt.

Die empfangenen Kanalanschlussbeiträge und sonstigen Zuschüsse werden statt dessen unmittelbar von den Anschaffungs- und Herstellungskosten der bezuschussten Wirtschaftsgüter abgesetzt und vermindern damit den jährlichen Abschreibungsaufwand entsprechend.

Diese Erlösposition wird daher auch zukünftig weiter schrumpfen.

Andere aktivierte Eigenleistungen (Pos. 2)

Die Position umfasst wie in den Vorjahren ausschließlich Eigenleistungen durch das technische Personal des Entsorgungsbetriebes im Zusammenhang mit Bauleitungs- und Oberbauleitungsaufgaben insbesondere bei Kanalbaumaßnahmen.

Sonstige betriebliche Erträge (Pos. 3)

In der Position sind kleinere Erträge aus Verwaltungsgebühren und Ausschreibungen (3.350 €), aus der Teilvermietung des Dienstgebäudes „Erlenberg“ und der Dachfläche „Membranbelegung“ für eine private Fotovoltaikanlage (1.550 €) sowie sonstige Erträge (2.200 €) verarbeitet.

Materialaufwand (Pos. 4)

Die Position enthält ausschließlich Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.

Gegenüber 2006 wird lediglich mit einer leichten Steigerung des Aufwandes um rund 2.000 € oder 1,1 % gerechnet.

Trotz erwarteter Kostensteigerungen von bis zu 10 % gegenüber dem Vorjahr wird für den größten Aufwandsblock, die Stromkosten (rund 93,5 % des Gesamtaufwands; davon rund 88 % für die Kläranlage), eine faktische Stagnation prognostiziert.

Ausschlaggebend wird hierbei der Einsatz des Blockheizkraftwerks sein, für das ein Dauerbetrieb ab Juli 2007 angenommen wurde.

Als Datengrundlage diente die Wirtschaftlichkeitsberechnung des Ingenieurbüros John Becker, Kerpen.

Absolut wird mit Stromkosten von rund 151.100 € für die Kläranlage (Vorjahr: 156.600 €) und mit rund 20.550 € für die Pumpwerke und technischen Einrichtungen im Kanalnetz (Vorjahr: 15.700 €) gerechnet.

Bei den Stromkosten für die Kläranlage wurde der vertraglich festgelegte Wegfall der Treuebonusregelung in Höhe von 3 % ab Jahresmitte berücksichtigt.

Der Vertrag mit dem RWE läuft noch bis 30.06.2008 und wird dann neu verhandelt.

Die restlichen Materialaufwendungen betreffen den Wasser- und Gasbezug für die Kläranlage.

Für den Gasbezug wurden neben einer von Lieferanten angekündigten Preiserhöhung um 6,4 % die Berechnungen des Ingenieurbüros John Becker im Zusammenhang mit dem BHKW berücksichtigt.

Personalaufwand (Pos. 5)

Der Personalaufwand liegt um 3,9 % oder 23.600 € über dem des Vorjahresansatzes.

Der Ansatz wurde abgeleitet aus einer Hochrechnung der tatsächlichen Aufwendungen für das Jahr 2006 unter Zugrundelegung des Tarifrechts nach TVöD.

Strukturelle und tarifliche Anpassungen wurden eingearbeitet.

Zudem wurden Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeansprüche sowie Altersteilzeitregelungen gebildet.

Insgesamt umfasst der Personalaufwand des Entsorgungsbetriebes die eigentlichen Mitarbeiterbezüge, die sozialen Abgaben, Umlagen zur Versorgungskasse der Beamten und Pensionsempfänger, Beiträge zur Zusatzversorgungskasse der Beschäftigten, zur Berufsgenossenschaft und für den sicherheitstechnischen Dienst sowie Beihilfeaufwendungen im Rahmen der von der Gemeinde abgeschlossenen Beihilfe-Ablöseversicherung.

Abschreibungen (Pos. 6)

Gegenüber dem Sollansatz 2006 wird trotz höherer Investitionstätigkeit eine Verringerung um 9,7 % oder knapp 150.000 € prognostiziert.

Ausschlaggebend sind hier insbesondere in 2006 ausgelaufene Abschreibungen aus der letzten Kläranlagenerweiterung aus 1993.

Daneben machen sich geringere Abschreibungssätze für die aktuelle Kläranlagenerweiterung gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung Aufwand mildernd bemerkbar.

Per Saldo können damit die Abschreibungsmehraufwendungen aus der Investitionstätigkeit des Betriebes kompensiert werden.

Der Planansatz umfasst neben den in 2006 betriebsfertig hergestellten und in 2007 erstmals mit dem vollen Abschreibungssatz zu verrechnenden Gegenständen des Anlagevermögens zeitanteilig die Zugänge für Kanalbau- und -sanierungsmaßnahmen 2007 sowie für sonstige Vermögenszugänge, wie z. B. bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Sonstige betriebliche Aufwendungen (Pos. 7)

Die Position umfasst alle vorhersehbaren, im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Entsorgungsbetriebes anfallenden Aufwendungen.

Hiervon ausgenommen ist lediglich der unter Pos. 4 geführte Materialaufwand.

Gegenüber dem Vorjahresansatz wird zwar eine Verringerung um rund 9,4 % oder gut 143.000 € erwartet.

Ausschlaggebend sind hier jedoch zwei Sonderpositionen, die den Erfolgsplan des Vorjahres belasteten.

Dabei handelte es sich um Ingenieurhonorare im Zusammenhang mit der Erstellung von Einleitungsgenehmigungen für Regenwassereinleitungen aus dem Kanalnetz und um die Sonderabschreibung der restlichen Investitionskosten für die nicht in Betrieb gegangene Pulveraktivkohle-Anlage auf der Kläranlage (in 2006 eingestellter Gesamtaufwand: 185.000 €).

Ohne Einbeziehung dieser Sonderposten würde sich gegenüber 2006 ein Mehraufwand von rund 3,1 % oder knapp 42.000 € ergeben.

Im Verwaltungsbereich verteilen sich die hauptkostenverursachenden Faktoren auf folgende Blöcke:

Die an das Land abzuführende Abwasserabgabe inklusive Kleininleiterabgabe wurde mit einem Betrag in Höhe von 156.150 € veranschlagt.

Sie beinhaltet neben der Schmutzwasserabgabe für das Klärwerk (rund 91.900 €) aus Vorsichtsgründen auch einen Betrag in Höhe von 55.300 € für Regenwassereinleitungen.

Da der Runderlass des MUNLV vom 26.05.2004 zur Regenwasserbehandlung (Stichworte: Kategorisierung der Entwässerungsgebiete, ganzheitliche Betrachtung, Regenwasserklärung) noch nicht umgesetzt ist, besteht die Möglichkeit, dass diese Netze als nicht nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik betrieben angesehen werden.

Folge wäre möglicherweise, dass eine Abgabebefreiung nicht gewährt würde.

Hier soll ein mit den Aufsichtsbehörden abgestimmtes Sanierungskonzept gegensteuern.

Es wird auch auf die Ausführungen zu TO.-Punkt 11 der Betriebsausschuss-Sitzung am 22.06.2006 verwiesen.

Der an die Gemeinde abzuführenden Verwaltungskostenbeitrag für die Inanspruchnahme gemeindlicher Leistungen liegt mit 32.900 € auf Vorjahresniveau.

Der Ansatz für Mitgliedsbeiträge und Versicherungen wurde um gut 40 % auf rund 29.000 € verringert.

Hintergrund ist die von der Gemeinde vorgenommene Neuausschreibung der Klärwerksversicherungen, die nach vorliegenden Angeboten erheblich reduziert werden können.

Der Ansatz für Prüfungs- und Beratungskosten wurde mit 69.750 € auf ein Niveau zurückgefahren, dass sich am Jahresergebnis 2005 orientiert. In 2006 war die Position – wie oben bereits erwähnt – belastet durch die Aufwendungen „Einleitungsanträge“.

Die Position umfasst wie im Vorjahr die Kosten der Jahresabschlussprüfung (25.750 €), Rechtsanwaltsberatungskosten (7.500 €) und einen Pauschalbetrag von 36.500 € für allgemeine Ingenieur- und Gutachtenkosten.

Der übrige Verwaltungsaufwand, z. B. für Bewirtschaftung und Unterhaltung des Dienstgebäudes „Erlenberg“, für EDV-Kosten, Bürobedarf, Lehrgangs- und Schulungskosten, Portokosten u.ä. wurde mit rund 76.950 € ermittelt (Vorjahr: 72.600 €). Verarbeitet wurden hier die hochgerechneten Aufwendungen des laufenden Wirtschaftsjahres unter Hinzuziehung des Ergebnisses 2005.

Für Sonderabschreibungen, insbesondere im Zusammenhang mit aktivierungsfähigen Kanalsanierungsmaßnahmen, wird ein Pauschalbetrag von 15.000 € ausgebracht.

Der Vorjahresetat war besonders belastet durch die Restwertabschreibung der nicht in Betrieb genommenen Pulveraktivkohle-Anlage.

Der technische Bereich umfasst folgende Hauptkostenblöcke:

Die Klärschlamm- und -verwertung sowie die Rechengut-, Sandfanggut- und Kanalgutbeseitigung inklusive der Schlammuntersuchungen wird mit voraussichtlich 228.400 € einen um rund 9,9 % geringeren Aufwand verursachen als in 2006 (Ansatz: 253.500 €).

Im Zusammenhang mit der Schlammabeseitigung wird sich der Einsatz des neuen Nacheindickers positiv auswirken.

Die Aufwendungen für die Rechengutbeseitigung, für Kalkhydrat und Eisenchlorsulfat wurden an das vorhandene Zahlenmaterial 2005 und 2006 angepasst.

Die dargestellten Gesamtaufwendungen bei dieser Position beinhalten auch den jährlichen Anteil am Klärschlammfonds (rund 2.600 €).

Für Unterhaltungsaufwendungen im Klärwerksbereich inklusive der Abwasseruntersuchungen werden für Reparatur- und Wartungsarbeiten an maschinentechnischen Einrichtungen, für Schmier- und Kraftstoffe, Bau- und Installationsstoffe, Werkzeuge, Chemikalien, Laborbedarf, Kleinmaterial, Pflegearbeiten an der Außenanlage und sonstige Unterhaltungsaufwendungen 183.800 € (Vorjahr: 122.750 €) vorgesehen.

Der Mehraufwand ist weit überwiegend zurückzuführen auf höhere Ansätze im Bereich des maschinellen und baulichen Teils der Kläranlage.

Im maschinellen Teil macht sich der Wartungsaufwand für das BHKW, gerechnet für die 2. Jahreshälfte 2007 auf Basis der Ermittlungen des Ingenieurbüros John Becker bemerkbar.

Zudem sind verschiedene Pumpen instand zu setzen und die vorhandenen Biofilter zu tauschen.

Einen weiteren Unsicherheitsfaktor bildet nach wie vor die Membrantechnologie, deren Wartungsaufwand nur schwer abzuschätzen ist.

Daneben soll der Werkstattboden des Betriebsgebäudes erneuert werden.

Die Unterhaltungsaufwendungen für Kanäle, Pumpwerke, Sonderbauwerke im Kanalnetz und Hausanschlüsse sind mit einem Betrag von 584.200 € berücksichtigt (Vorjahr: 615.500 €).

Von dem Gesamtbetrag bei dieser Unterposition nehmen die jährlichen Reinigungsaufwendungen für Kanäle, Pumpwerke und Sonderbauwerke einen Teilbetrag von rund 100.900 € ein.

Der Betrag liegt leicht unter Vorjahresniveau und orientiert sich an den Ergebnissen 2005 unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuererhöhung und einer Preissteigerung von erwarteten 3,5 %.

Schacht- und Kanalreparaturen sowie Einzeluntersuchungen an Kanalteilstücken nehmen Aufwendungen von rund 72.500 € ein und liegen damit auf Vorjahresniveau.

Für Wartungs- und Reparaturaufwendungen an Pumpwerken sowie Reparaturen an Hausanschlüssen sind 57.300 € vorgesehen (Vorjahr: 34.500 €).

Im oben angegebenen Gesamtunterhaltungsaufwand von 584.200 € ist für Kanalsanierungen ein Betrag von 350.000 € enthalten (Vorjahr: 400.000 €).

Es handelt sich um einen Pauschalbetrag zur Abdeckung eventuell erforderlicher weiterer Sanierungsmaßnahmen im Netz.

Es ist nicht von einer Aktivierungsfähigkeit der Sanierungsmaßnahmen auszugehen.

Sollten sich die Sanierungen kostengünstiger als prognostiziert umsetzen lassen, würde dies das Jahresergebnis entsprechend verbessern.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (Pos. 8)

Neben der Verzinsung von Forderungen gegenüber dem Versorgungsbetrieb und der Gemeinde (Guthabenzinsen für die Inanspruchnahme des Verrechnungskontos) sowie Zinserträgen für die Stundung bzw. Aussetzung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren sind hier Zinserträge aus dem „Cross-Border-Lease“-Geschäft (62.400 €) angesetzt.

Wegen des immer noch relativ niedrigen Zinsniveaus und der geringen Zinsschwankungsbreite zwischen kurz- und langfristigen Anlagen soll auch in 2007 der Betrag jeweils nur kurz im Dreimonats- oder Halbjahresrhythmus angelegt werden.

Es wurde mit einem Guthabenzinssatz von 3,0 bis 3,3 % gerechnet.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Pos. 9)

Die Position enthält die vom Entsorgungsbetrieb aufzubringenden Zinsaufwendungen für zur Verfügung gestelltes Fremdkapital und Aufwendungen für die Inanspruchnahme des gemeindlichen Verrechnungskontos (Sollzinsen).

Der Ansatz ist gegenüber dem Vorjahr um rund 2 % oder knapp 15.000 € reduziert.

Hintergrund ist insbesondere die Umschuldung auf zinsgünstigere Darlehn.

Außerordentliches Ergebnis (Pos. 13)

Außerordentliche Aufwendungen oder außerordentliche Erträge sind derzeit für das Jahr 2007 nicht abzusehen.

Sonstige Steuern (Pos. 14)

Die Position umfasst die vom Entsorgungsbetrieb aufzubringenden Kfz-Steuern.

Jahresgewinn (Pos. 15)

Der Erfolgsplan des Entsorgungsbetriebes weist für das Jahr 2007 einen gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigerten Jahresgewinn aus (469.250 €).

Es ist damit möglich, der Gemeinde aus dem operativen Ergebnis eine „Eigenkapitalverzinsung“ von rund 97.100 € zur Verfügung zu stellen.

Erfreulich ist, dass der Jahresgewinn unter Berücksichtigung des aktuellen Gebührenniveaus von 4,40 €/m³ (Voll-)Kanalgebühr erreicht werden kann.

Der ausgewiesene Gewinn wird jedoch nur dann möglich sein, wenn die Prognosen im dargestellten Umfang eintreten.

Gewisse Unsicherheiten bergen dabei insbesondere die Aufwendungen für die Klärschlamm Entsorgung, die Kanalreinigung und Kanalreparaturen, da zum Zeitpunkt der Planerstellung entsprechende Submissionsergebnisse noch nicht vorlagen.

Auch Kanalsanierungen und die Umsetzung des Generalentwässerungsplanes sowie des von den Aufsichtsbehörden geforderten Regenwasserbehandlungskonzeptes können das Ergebnis weiter negativ beeinflussen.

Zudem bleibt die Entwicklung des Materialaufwandes (Energiekosten) nur schwer abschätzbar.

Selbstverständlich soll auch in den Folgejahren strikte Ausgabendisziplin den Entsorgungsbetrieb entlasten und das Gebührenniveau in vertraglichem Rahmen halten.

Der dem Entsorgungsbetrieb nach Abzug der „Eigenkapitalverzinsung“ verbleibende Gewinn soll der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Eitorf

II. Vermögensplan des Entsorgungsbetriebes

Vorhaben	Soll-Ansatz 2007 €	Deckung	Soll-Ansatz 2007 €
A. Kläranlage		<u>Deckungsmittel</u>	
1. Ertüchtigung der Kläranlage (Forschungsprojekt)	44.000	1. Überschuss aus laufender Tätigkeit	972.750
2. Bau eines Blockheizkraftwerks (BHKW)	195.000	2. Darlehn	2.565.850
B. Kanalleitungen		<u>nachrichtlich: *)</u>	
<i>I. <u>Neubau und Erweiterungen</u></i>		(3. Kanalanschlussbeiträge	59.000)
1. GEP-Maßnahmen (1. Abschnitt Harmoniestraße)	1.450.000	(4. Sonstige Zuschüsse	166.000)
Verpflichtungsermächtigung 2008	(2.935.000)		
2. Schmutzwasserkanalisation Zum Schornstein/Alzenbacher Straße	45.000		
3. Maßnahmen zur Regenwasserbehandlung	150.000		
Verpflichtungsermächtigung 2008	(150.000)		
4. Kleinere Maßnahmen Kanalbau	75.000		
5. Hausanschlüsse	60.000		
6. Planungen / Bestandpläne	15.000		
<i>II. <u>Erneuerungen und Sanierungen</u></i>			
1. Sonstige Kanalleitungen	250.000		
2. Pumpstationen/Sonderbauwerke	40.000		
C. <u>Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>	88.100		
D. <u>Tilgung langfristiger Darlehn</u>	1.126.500		
	<u>3.538.600</u>		<u>3.538.600</u>
Verpflichtungsermächtigungen 2008	(3.085.000)		

*) Die Kanalanschlussbeiträge und Sonstigen Zuschüsse werden bei den Deckungsmitteln der Übersicht halber nur nachrichtlich aufgeführt, da sie bei den entsprechenden Vorhaben bereits Ansatz mindernd berücksichtigt wurden!

Erläuterungen zum Vermögensplan des Entsorgungsbetriebes

a) Überschuss aus laufender Tätigkeit

	<u>€</u>
zu erwartender Jahresgewinn 2007	469.250
davon an die Gemeinde abzuführen (Eigenkapitalverzinsung)	<u>- 97.100</u>
verbleibender Jahresgewinn	<u>372.150</u>
gewöhnliche Abschreibungen auf Anlagevermögen und Sachanlagen	1.392.250
Entnahme aus der Rückstellung der Bauzuschüsse	<u>- 791.650</u>
	<u>... 972.750</u>

b) Finanzierungsvorgänge

Darlehstilgungen	- 1.126.500
Darlehnsaufnahmen	<u>2.565.850</u>

c) Investitionen

2.412.100

Neben der Weiterführung des Forschungsprojektes „Membranbelebung“ (Monitoring) und der Umsetzung des BHKW auf der Kläranlage sieht der Vermögensplan 2007 insbesondere Kanalbaumaßnahmen im Rahmen der Ergebnisse des Generalentwässerungsplanes (GEP) vor.

Die Einzelansätze stellen sich dabei wie folgt dar:

A. Kläranlage

Ertüchtigung der Kläranlage (Forschungsprojekt) (Pos. 1)

Seit Oktober 2005 befindet sich die eingesetzte Membrantechnologie in der Einfahrphase. Zum Nachweis der erwarteten Leistungsfähigkeit der Anlage und zur Überprüfung der Betriebssicherheit hatte die Bezirksregierung Köln ein zweijähriges Mess- und Untersuchungsprogramm vorgeschrieben.

Dieses Forschungsprojekt wurde zwar entsprechend den Vorgaben der Aufsichtsbehörden begonnen, stockt jedoch zurzeit, da die Membrananlage nach wie vor Probleme bereitet und nicht betriebsstabil läuft. Es ergeben sich häufiger Verblockungen einzelner Membranen. Zudem können bei Vollastbetrieb die geforderten Ablaufwerte nicht dauerhaft gehalten werden.

Vor diesem Hintergrund wird das Projekt frühestens Ende 2007 abgeschlossen werden können.

Die Gesamtkosten von rund 630.000 € werden zu 80 % (rund 500.000 €) vom Land NRW mit finanziert. Zwei Drittel der Gesamtkosten, vermindert um den entsprechenden Landeszuschuss-Anteil, wurden bereits im Vermögensplan des Vorjahres ausgebracht.

Die für 2007 eingestellte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 44.000 € (= ein Drittel der Gesamtkosten, vermindert um den entsprechenden Landeszuschuss-Anteil) wird in einen gleich hohen Planansatz umgewandelt.

Bau eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) (Pos. 2)

Nach Vorliegen der Submissionsergebnisse hatte der Betriebsausschuss in seiner Sitzung am 30.08.2006 die Umsetzung eines BHKW beschlossen und den Bau einer Mikrogasturbine verworfen. Ausschlaggebend waren die Wirtschaftlichkeitsberechnungen des bauleitenden Ingenieurbüros John Becker, Kerpen.

Anfinanziert war die Maßnahme im Rahmen des geänderten Vermögensplanes 2006 mit 220.000 €.

Gleichzeitig war dort eine Verpflichtungsermächtigung über 350.000 € ausgebracht. Finanzierungsgrundlage waren dabei die Investitionskosten einer Mikrogasturbine, die nach den Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gegenüber dem BHKW jedoch keine Kostenvorteile brachte.

Die Verpflichtungsermächtigung wird in einen niedrigeren Planansatz von 195.000 € umgewandelt. Hintergrund für den geringeren Ansatz sind weitere Kostenoptimierungen besonders im Zusammenhang mit der Elektrotechnik und den erforderlichen Erdarbeiten zur Anbindung des BHKW. Es wird auf die Ausführungen in der Vorlage zur Betriebsausschuss-Sitzung am 25.10.2006 (TO.-Punkt 10) verwiesen.

Im Planansatz nicht berücksichtigt sind die vom Auftragnehmer angekündigten Mehrkosten von rund 30.000 € für das größere Aggregat (siehe ebenfalls Vorlage zu TO-Pkt. 10 der Sitzung am 25.10.2006) Die Verwaltung ist auch weiterhin der Rechtsauffassung, dass der Auftragnehmer zur Lieferung des geforderten (größeren) Aggregats zu den angebotenen Konditionen verpflichtet ist.

Zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung hatte die beauftragte Firma noch nicht auf ein entsprechendes Schreiben der Werke reagiert.

Es wird jedoch weiterhin davon ausgegangen, dass der durch die Vermögenspläne 2006 und 2007 gesteckte Finanzierungsrahmen eingehalten wird, unabhängig davon, ob (schlechtestenfalls) das Projekt mit einem anderen Anbieter neu angegangen werden muss.

Falls der Auftragnehmer die Rechtsauffassung der Verwaltung nämlich nicht teilen sollte, wäre die denkbar ungünstigste Lösung eine Umsetzung des angelaufenen Projektes im Wege eines Rechtsstreitverfahrens gegen die beauftragte Firma.

B. Kanalleitungen

I. Neubau und Erweiterungen

GEP-Maßnahmen (1. Abschnitt Harmoniestraße) (Pos. 1)

In der Betriebsausschuss-Sitzung am 15.02.2006 wurde ausführlich der vom Ingenieurbüro Dr. Pecher, Erkrath, erarbeitete Generalentwässerungsplan (GEP) für die Gemeinde Eitorf vorgestellt.

Der GEP wird Grundlage für das in 2008 fortzuschreibende Abwasserbeseitigungskonzept sein.

Um den Überlastungserscheinungen im bestehenden Netz entgegen zu wirken, sieht der GEP als Sofortmaßnahme den Bau eines ca. 3 km langen Entlastungssammlers von der Harmoniestraße / Im Sand über die Bahnhofstraße bis mindestens zum Kreuzungsbereich Siegstraße / Bogestraße / Auelswiese in einem Durchmesser von bis zu DN 2600 mm vor.

In diesem Zuge ist ebenfalls der Bau eines Entlastungssammlers in der St.-Josef-Straße vorgesehen.

Wegen der hohen Investitionskosten soll die Gesamtmaßnahme über mehrere Jahre verteilt in Einzelabschnitten umgesetzt werden. Sinnvoll ist dies zudem, um die verkehrstechnischen Behinderungen möglichst gering zu halten.

Der Planansatz beinhaltet die Investitionskosten (inklusive Ingenieurleistungen und Baunebenkosten) für den 1. Bauabschnitt in der Harmoniestraße von der Einmündung „Im Sand“ bis zur Einmündung „St.-Josef-Straße“.

Der Abschnitt mit einer Länge von 224 m und Kanaldurchmessern von DN 2600 mm wurde vom Ausschuss in seiner Sitzung am 22.06.2006 an das Ingenieurbüro Osterhammel, Nümbrecht, vergeben.

Da die Maßnahme in 2007 fertiggestellt werden soll, wird das Ingenieurbüro bereits Anfang des Jahres das Ausschreibungsverfahren vorbereiten.

Zur Weiterführung der Gesamtmaßnahme wird neben dem Planansatz eine Verpflichtungsermächtigung über 2.935.000 € für das Jahr 2008 ausgebracht.

Hiermit sollen die Kosten des Entlastungssammlers „St.-Josef-Straße“ (rund 660.000 €) und des nächsten Bauabschnitts Harmoniestraße (Teilabschnitt von ca. 350 m Länge ab Einmündung „St.-Josef-Straße“ in Richtung Bahnhofstraße; Volumen rund 2.275.000 €) abgedeckt werden.

Schmutzwasserkanalisation Zum Schornstein / Alzenbacher Straße (Pos. 2)

An den Straßen „Zum Schornstein“ und „Alzenbacher Straße“ (Bereich Bahnübergang) liegen insgesamt 9 Grundstücke, die bisher noch nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen wurden.

Eine Befreiung von der Kanalisationsverpflichtung ist nicht möglich, da die bebauten Parzellen nahe genug an der bestehenden Kanalisation liegen.

Die Grundstücke sollen mit Freispiegleitung und über Drucksysteme erschlossen werden.

Es wird mit Gesamtkosten von 75.000 € gerechnet.

Kosten mindernd wurden die erwarteten Kanalanschlussbeiträge berücksichtigt, so dass per Saldo von einem Investitionsvolumen von rund 45.000 € ausgegangen wird.

Maßnahmen zur Regenwasserbehandlung (Pos. 3)

Es handelt sich um einen Pauschalansatz für erforderliche konkrete Planungen.

Hintergrund ist der Runderlass des MUNLV vom 26.05.2004 im Zusammenhang mit der Niederschlagsentwässerung im Trennverfahren (Stichworte: Einteilung der Einleitungsgebiete in Kategorien nach Verschmutzungsgrad, Regenwasserbehandlung).

Es wird auf den Beschluss des Betriebsausschusses in seiner Sitzung am 22.06.2006 verwiesen, das Ingenieurbüro Dr. Pecher, Erkrath, mit der Erarbeitung eines entsprechenden Ingenieurkonzeptes zu beauftragen.

Das Konzept soll im November 2006 der Bezirksregierung Köln vorgestellt werden.
Diese wird entsprechende Vorgaben zur Umsetzung machen.

Es wird versucht, im Einvernehmen mit der Bezirksregierung die erforderlichen Maßnahmen zeitlich weitestgehend zu strecken.

Vor diesem Hintergrund wird für 2008 zudem eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe des Planansatzes 2007 ausgebracht.

Kleinere Maßnahmen Kanalbau (Pos. 4)

Wie in den Vorjahren wird für 2007 ein Pauschalansatz für kleinere Kanalbaumaßnahmen im Gemeindegebiet ausgebracht.

Der Ansatz soll den Entsorgungsbetrieb in die Lage versetzen, im Bedarfsfall reagieren zu können.

Insbesondere sind hier Einzelerschließungen von Objekten im Zuge von Gas- und Wasserleitungsverlegungen zu nennen.

Hausanschlüsse (Pos. 5)

Die Position umfasst nachträglich herzustellende, das heißt nicht im Rahmen von Kanalbauprojekten in der Vergangenheit vorherzusehende Grundstücksanschlüsse, für die regelmäßig ein Kostenersatz nicht geltend gemacht werden kann.

Der Ansatz wurde an die Höhe des erwarteten Ergebnisses 2006 angepasst.

Planungen / Bestandpläne (Pos. 6)

Es handelt sich um einen Ansatz für Planungen und das Erstellen von Bestandplänen in kleinerem Umfang.

Der ausgebrachte Betrag entspricht in seiner Höhe dem des Vorjahres.

II. Erneuerungen und Sanierungen

Sonstige Kanalleitungen (Pos. 1)

Wie in den Vorjahren ist der Planansatz als Eventualposition anzusehen.
Er entspricht in seiner Höhe dem des Vorjahres.

Eine Inanspruchnahme wird nur erforderlich, wenn notwendige Sanierungen zu einer besonderen Funktionsänderung bzw. -verbesserung führen und dadurch eine Aktivierung möglich wird.

Pumpstationen/Sonderbauwerke (Pos. 2)

Es handelt sich um einen Pauschalansatz, der Funktionsänderungen und kleinere investive Maßnahmen an Pumpstationen und Sonderbauwerken abdecken soll.

C. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Der Ansatz soll die Kosten erforderlicher Neuanschaffungen für den Klärwerks- und Kanalbereich sowie für das Dienstgebäude „Erlenberg“ abdecken.

Der ausgewiesene Ansatz wurde gegenüber dem Vorjahr um knapp 22.000 € zurückgefahren.

Nennenswert ist bei dieser Position insbesondere die vorgesehene Ersatzbeschaffung eines Fahrzeuges für den Klärwerksbereich.

Der vorhandene Opel Combo, Baujahr 1996, ist marode und verursacht in der letzten Zeit immer höhere Reparatur- und Wartungsaufwendungen. Für ein Neufahrzeug sind 20.000 € eingestellt.

Daneben ist die vom Ingenieurbüro John Becker, Kerpen, in seiner Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des BHKW empfohlene Optimierung der Rohschlammbeschickung als Eventualposition vorgesehen (rund 25.000 €).

Der Gesamtansatz beinhaltet außerdem die Anschaffung von Laborgeräten, Software-Lizenzen, Einrichtungsgegenständen für die Werkstatt und Ähnliches.

D. Tilgung langfristiger Darlehn

Für laufende Darlehnstilgungen sind 1.126.500 € vorgesehen.

Daneben sollen im Wirtschaftsjahr 2007 zwei Darlehn mit einem Gesamtwert von 452.609,75 € umgeschuldet werden.

DECKUNGSMITTEL

Überschuss aus laufender Tätigkeit (Pos. 1)

Unter Berücksichtigung des erwarteten Jahresgewinns von 469.250 € ergibt sich ein gegenüber dem Vorjahr erhöhter Überschuss aus laufender Tätigkeit von 972.750 €.

Darlehn (Pos. 2)

Zur Deckung des Finanzbedarfs 2007 sind Kreditaufnahmen in Höhe von 2.565.850 € vorgesehen.

Ob der Kreditrahmen in vollem Umfang ausgeschöpft werden muss, ist unter anderem abhängig von der Inanspruchnahme der im Vermögensplan eingestellten Eventual- und Pauschalpositionen.

Kanalanschlussbeiträge (Pos. 3)

Die Position der Kanalanschlussbeiträge ist bei den Deckungsmitteln aus Transparenzgründen nur nachrichtlich aufgeführt, da diese bereits Ansatz mindernd bei den entsprechenden Herstellungskosten der betroffenen Vorhaben berücksichtigt wurden (siehe B.I., Pos. 2 und 4).

Sonstige Zuschüsse (Pos. 4)

Hier gilt das zu Pos. 3 Gesagte gleichermaßen.

Es handelt sich um den anteiligen Landeszuschuss 2007 für das unter A., Pos 1, beschriebene „Forschungsprojekt Membrananlage“.

Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Eitorf

III. Stellenübersicht gemäß § 17 EigVO

	Zahl der Stellen 2007	Anteil Wasser	v.H.	Anteil Kanal	v.H.	Zahl der Stellen 2006	davon tatsächlich besetzt am 30.06.2006
a) Beschäftigte nach TVöD Entgeltgruppe							
12	1	1	je 40	1	je 60	1	1
11	0	0	je 40	0	je 60	1	1
10 (*)	1	1	je 40	1	je 60	0	0
9	1	-	-	1	je 100	1	1
9	0	0	je 100	-	-	1	1
9	0	0	je 40	0	je 60	2	2
9V (**)	1	1	je 100	-	-	0	0
9V (**)	2	2	je 40	2	je 60	0	0
8	3	3	je 40	3	je 60	3	3
6	8	4	je 100	4	je 100	8	8
5	1	-	-	1	je 100	1	1
b) Nachwuchskräfte							
Rohrnetzbauer	1	1	je 100	-	-	1	1
Entsorger	1	-	-	1	je 100	1	0
c) nachrichtlich Beamte							
A 14	1	1	je 40	1	je 60	1	1
A 12	1	1	je 40	1	je 60	1	1

(*) = Stelleninhaber aufgrund Besitzstandswahrung in Entgeltgruppe 11 eingruppiert.

(**) = Stelleninhaber aufgrund Besitzstandswahrung in Entgeltgruppe 9 eingruppiert.

Finanzplanung 2006 - 2010 gemäß § 18 EigVO - Entsorgungsbetrieb

Maßnahmen	2006 T€	2007 T€	2008 T€	2009 T€	2010 T€	Deckung	2006 T€	2007 T€	2008 T€	2009 T€	2010 T€
Herstellung von Hausanschlüssen	70	60	65	60	65	Aufwendungen	4.607	4.325	4.467	4.478	4.580
Kleinere Investitionen	75	75	75	75	75	Erträge	4.745	4.794	4.826	4.866	4.897
Klärwerk	256	239	0	290	0	Gewinn (+) Verlust (-)	138 -	469 -	359 -	388 -	317 -
<u>Kanalbau</u>											
Erschließungsmaßnahmen	0	45	100	100	100	Abführung von Eigenkapitalzinsen (-)	97	97	97	97	97
GEP-Maßnahmen	0	1.450	2.935	4.875	2.450						
Oberflächenentwässerung / Regenrückhaltebecken	0	150	150	200	250	Abschreibungen	1.542	1.392	1.437	1.505	1.561
Kanal "Hardtstraße"	120	-	-	-	-	Entnahme aus der Rückstellung der Bauzuschüsse (-)	803	791	786	776	759
Kanal "Lindscheid, Heiderweg"	85	-	-	-	-	Überschuss aus laufender Tätigkeit	780	973	913	1.020	1.022
Sanierungen Kanal und Kläranlage	630	290	290	280	280	Kanalanschlussbeiträge	83 *)	59 *)	75 *)	75 *)	75 *)
Planungen/Bestandspläne	15	15	15	15	15	Landeszuwendungen	334 *)	166 *)	0 *)	0 *)	0 *)
Betriebs- und Geschäftsausstattung	110	88	40	47	43	Sonstige Bauzuschüsse	0 *)	0 *)	50 *)	50 *)	50 *)
Tilgung langfristiger Darlehn	1.128	1.127	1.114	1.255	1.290	Darlehnsneuaufnahmen	1.709	2.566	3.670	5.942	3.278
						Verschlechterung der Liquidität	-	-	201	235	268
						Verbesserung der Liquidität (-)	-	-	-	-	-
	2.489	3.539	4.784	7.197	4.568		2.489	3.539	4.784	7.197	4.568

*) = Beträge nachrichtlich, da bereits von den Herstellkosten abgezogen!